



Vielfalt? – Geht nur antirassistisch!

Wie kann eine Gesellschaft der Vielen gestaltet und eine gleichberechtigte Teilhabe erreicht werden? Warum muss dafür die Gesellschaft antirassistisch sein? Welche Wissensbestände zu Rassismus gibt es überhaupt und wo gibt es Ausgrenzungsmechanismen, die Zugehörigkeitsgefühle sehr fragil machen? Wie können Politik und Gesellschaft die Zugehörigkeit aller stärken und mit entstehenden Spannungen umgehen? Diesen Fragen möchten wir uns auf unserer Vernetzungskonferenz „Vielfalt? – Geht nur antirassistisch!“ stellen und zusammen mit dem Publikum Bilanz ziehen: Bilanz über mehr als vier Jahre Integrationsverträge in Hessen.

Wann: Dienstag, 09.05.2023, 12.30 bis 16.30 Uhr

Wo: Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Frankfurt

Anmeldung: Die Anmeldung ist bis 4.5.2023 online über diesen [Link](#) möglich.

Online: Eine digitale Teilnahme ist über den YouTube [Link](#) möglich.

Wir, das sind das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, zusammen mit unseren vier zivilgesellschaftlichen Integrationsvertragspartnern, der Bildungsstätte Anne Frank, dem Hessischen Jugendring, dem Landesverband Hessen des Deutschen Roten Kreuzes und dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

Die Frage, wie Zugehörigkeit erreicht und von der Gesellschaft befürwortet wird, ist in der Migrationsgesellschaft Deutschland so aktuell wie nie. Denn nur wer sich ohne Wenn und Aber zugehörig fühlt, kann seinen Platz in der Gesellschaft selbstbewusst einnehmen und aktiv mitgestalten. Hierfür ist eine Veränderung des gesellschaftlichen Selbstbildes notwendig. Weg von einem Gesellschaftsbild, das Zugehörigkeit nach dem Abstammungsprinzip versteht, hin zu einem Gesellschaftsbild, das ganz selbstverständlich vielfältig und pluralistisch ist.

Für die Hessische Landesregierung sind deshalb die Themen Identität und Zugehörigkeit für die Integration essentiell. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration bearbeitet diese Themen u.a. durch Partnerschaften mit den oben genannten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ausgangspunkt für diese Kooperationen war die Erkenntnis, dass das oben beschriebene gesellschaftliche Selbstbild nicht allein durch den Staat hergestellt werden kann - hierzu ist die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft unerlässlich. Denn nur so können Prozesse des Umdenkens in einer Gesellschaft angestoßen und gleichzeitig deutlich gemacht werden, dass es einen breiten Konsens zu Vielfalt und Antirassismus gibt.

Die Zwischenbilanz nach über vier Jahren zeigt, wie richtig diese Annahme war. Nur im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft können diese gesellschaftlichen Fragen in einer Migrationsgesellschaft bearbeitet werden und die Ursachen von Rassismus und Diskriminierung bekämpft werden.

Anmeldung

Die Anmeldung ist bis 04.05.2023 online über diesen [Link](#) möglich. Die Veranstaltung findet hybrid statt. Bitte beachten Sie, dass die Teilnehmendenzahl an der Präsenzveranstaltung begrenzt ist; die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Die Teilnahme ist kostenlos. Für Verpflegung bei Präsenzteilnahme wird gesorgt. Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nur zum Zweck der Abwicklung der Veranstaltung. Nach Beendigung der Veranstaltung werden Ihre Daten vernichtet, soweit dem nicht gesetzliche Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Eine Weitergabe der Daten an Dritte ist in jedem Fall ausgeschlossen.

Bild- und Tonaufnahmen

Die Veranstaltung wird parallel im Internet übertragen. Mit Ihrer Präsenzteilnahme erklären Sie sich damit einverstanden, ggf. für Publikum vor dem Bildschirm zu sehen zu sein. Darüber hinaus werden Foto- und Videoaufnahmen gemacht, die die Hessische Landesverwaltung und die Integrationsvertragspartner im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit auch in den sozialen Medien verwenden.

Ansprechpartnerinnen

Frau Hangama Kawa, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

E-Mail: hangama.kawa@hsm.hessen.de, Tel.: 0611/32-193427

Frau Banu Rübeling, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

E-Mail: banu.ruebeling@hsm.hessen.de, Tel.: 0611/32-193424

Netiquette

Die Kommentierung des Vortrags und des Couch-Talks ist über den moderierten Chat möglich. Sie können hier jederzeit Ihre eigenen Gedanken, Argumente und Meinungsäußerungen einreichen. In unserer Rolle als Moderator*innen dürfen wir jedoch einzelne Inhalte und Diskussionsstränge jederzeit ohne weitere Begründung verwerfen oder entfernen, wenn uns dies in unseren Abwägungen inhaltlich oder rechtlich geboten erscheint. Wir achten auf ein offenes und respektvolles Diskussionsklima. Bitte achten Sie deshalb darauf:

- Dass in Argumentationen ein fairer und sachlicher Ton herrscht, auch wenn in der Sache Differenzen ausgetragen werden.
- Dass Beiträge mit dem Diskussionsthema zu tun haben.
- Dass geltende Rechtsvorschriften und Nutzungsbedingungen beachtet werden - helfen Sie uns im Zweifelsfall mit Hinweisen auf Verstöße.
- Dass Identitäten von Nutzer*innen nie offengelegt werden.
- Dass keine kommerziell getriebenen Beiträge publiziert werden, insbesondere keine Werbung.



Das Programm

12.30 Meet and Eat

Ankommen und Vernetzen bei einem Mittags-Snack

13.30 Begrüßung

Dr. Stephan Hölz, Abteilungsleiter der Abteilung Flucht und Integration, HMSI

13.40 Schwieriges Erbe, hohe Relevanz - Warum wir in Deutschland so wenig über Rassismus wissen

Mark Terkessidis, Journalist, Autor und Migrationsforscher

14.30 Fragen aus dem Publikum und Diskussion

14.55 Pause

15.00 Couch Talk - Vielfalt? Geht nur antirassistisch!

Kai Klose (Hessischer Minister für Soziales und Integration), Mario Machalett (Vorsitzender des Hessischen Jugendrings), Nils Möller (Geschäftsführer des DRK-Landesverbandes Hessen e.V.), Dr. Deborah Schnabel (Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank), Alexandros Stathopoulos (Geschäftsführer Region Frankfurt, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.)

16.30 Abschluss

Moderation: Elena Lazaridou

Hessische Integrationsverträge

Im Jahr 2018 schloss die Hessische Landesregierung die ersten beiden Integrationsverträge mit zivilgesellschaftlichen Akteuren – ein Jahr später kamen zwei weitere dazu. Integrationspolitische Prämisse dafür war, dass ein zeitgemäßes gesellschaftliches Selbstbild Aushandlungsprozesse in allen Bereichen des Zusammenlebens notwendig macht. Die inhaltlichen Schwerpunkte und Maßnahmen der einzelnen Integrationsvertragspartner sind sehr unterschiedlich. Alle vier Verträge eint jedoch das Ziel, die Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit aller in Hessen lebenden Menschen zu stärken und die hierfür notwendigen Aushandlungsprozesse in der Gesellschaft zu unterstützen. Hierfür wurden neben den Maßnahmen der einzelnen Verträge auch gemeinsame Formate der Auseinandersetzung gefunden.

Rückblick bisherige Veranstaltungen

07.11.2019

„Bembel und Baklava – Zugehörigkeiten in der postmigrantischen Gesellschaft“

Abrufbar unter [diesem Link](#).

10.09.2020

„Alltagsrassismus – Schubladen und Nadelstiche“ Online-Diskussion. Abrufbar unter [diesem Link](#).

29.09.2021

„Unsere Stimme zählt – Rassismuskritische Perspektiven junger Menschen nach Hanau“

Auftaktveranstaltung für Fachkräfte. Abrufbar unter [diesem Link](#).

07.07.2022

„Unsere Stimme zählt – Rassismuskritische Perspektiven junger Menschen nach Hanau“ 2. Teil
Workshop-Veranstaltung für Schulklassen, Lehrkräfte und Jugendgruppen Workshop-Dokumentation

abrufbar unter [diesem Link](#).

Die Integrationsvertragspartner

Hessischer Jugendring

„Identität und Zugehörigkeit von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in der zweiten und dritten Generation.“

Die Landesfachstelle Hessen „Integration in der Jugendarbeit“ unterstützt und begleitet Organisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte beim Aufbau einer nachhaltigen Jugendarbeit. Hierzu wurden in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Coachings und Bildungsangeboten wie Workshops und Jugendleiter_innen-Ausbildungen speziell für Engagierte in Organisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte durchgeführt. Gleichzeitig fördert die Landesfachstelle die diversitätssensible Öffnung von Jugendorganisationen in Hessen. Ein wichtiges Instrument hierbei waren Diversity-Checks, die direkt in den Organisationen durchgeführt wurden, sowie die Publikation zahlreicher Bildungsmaterialien. Daneben wurden mehrere Fachveranstaltungen durchgeführt, die die Zusammenarbeit von Selbstorganisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte mit anderen Jugendorganisationen gestärkt haben.

www.zusammen.wachsen.jetzt

Verband Binationaler Familien und Partnerschaften

„Rollenbilder von Männern und Vätern mit Migrationsgeschichte in unserer Gesellschaft differenzieren.“

Engagierte Väter leisten wertvolle Beiträge zum Wohlergehen ihrer Kinder. In Hessen haben über 40 Prozent aller schulpflichtigen Kinder einen Migrationshintergrund. Die Väter dieser Kinder finden jedoch nur wenige Angebote und Anlaufstellen, die ihre Fragen und Perspektiven mitdenken und aufnehmen. Um diese Väter zu stärken und zu empowern, hat der Verband binationaler Familien und Partnerschaften gemeinsam mit Vätern selbst migrationssensible Väterangebote entwickelt und umgesetzt. Um die Vernetzung und den Austausch zwischen Fachkräften zu ermöglichen, wurde in derselben Zeit der Fachkreis migrationssensible Väterarbeit in Hessen gegründet und jährliche Fachveranstaltungen durchgeführt.

<https://www.verband-binationaler.de/projekte/papa-kann-das-abu-baba-tata-auch-frankfurt>

<https://www.vaeter-binational-global.de/>

Bildungsstätte Anne Frank

„Antisemitismus und Rassismus in der Migrationsgesellschaft.“

Das Ziel des aktuellen Projektes „Globale Konflikte und hessische Allianzen“ ist es, Allianzen gegen Diskriminierung zu fördern. Dafür sollen Brücken zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen geschlagen werden, die selbst Stigmatisierungen erleben. Es geht darum, Betroffene zu stärken und die Gesamtgesellschaft zu sensibilisieren. Gerade weil die Logik der Rassist:innen auch vor dem Hintergrund

globaler Konflikte darin besteht, Minderheiten gegen einander auszuspielen, ist es wichtig Brücken beispielsweise zwischen Muslim:innen und Jüd:innen zu bauen. Indem die Projektangebote diverse Formate darstellen (Fortbildungen, Workshops, Safer Spaces, individuelle Beratungen), sollen möglichst viele Menschen individuell angesprochen und gleichzeitig in kollektiven Aushandlungsprozessen beteiligt werden. So können integrationskritische Personen sowie zu integrierende Menschen über Herausforderungen, Ängste und Handlungsstrategien sprechen ohne verurteilt zu werden.

Bildungsstätte Anne Frank: bs-anne-frank.de

DRK Landesverband Hessen

„Interkulturelle Öffnungsprozesse im Ehrenamt.“

Im freiwilligen Engagement können sich Menschen auf unbürokratische Weise einbringen und sich als Teil der Gemeinschaft fühlen. Es bietet einen Rahmen für zwischenmenschliche Begegnung und für die gemeinsame Ausgestaltung von gesellschaftlichem Zusammenleben. Das DRK in Hessen hat in den vergangenen Jahren gezielt neuzugewanderte Menschen angesprochen und für ein ehrenamtliches Engagement gewonnen. Dabei war es wichtig, dieses Engagement auch sichtbar zu machen und so dem Stereotyp der Hilfeempfangenden entgegenzuwirken und sie stattdessen als selbstverantwortliche und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu verstehen. www.join-ehrenamt.de

Impressum

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Abteilung Flucht und Integration

Referat VI 1B

Sonnenberger Str. 2/2a

65193 Wiesbaden

www.soziales.hessen.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Alice Engel

Eine Veranstaltung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration unter Mitwirkung der Integrationsvertragspartner Bildungsstätte Anne Frank, Hessischer Jugendring, Verband binationaler Familien und Partnerschaften und dem Deutschen Roten Kreuz, Landesverband Hessen.

Disclaimer

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.